

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Mittwoch (Vormittag), 9. Juni 2021 / Mercredi matin, 9 juin 2021

Finanzdirektion / Direction des finances

28 2020.RRGR.408 Motion 314-2020 Hässig Vinzens (Zollikofen, SP)
Individualbesteuerung für Ehepaare endlich umsetzen
Richtlinienmotion

28 2020.RRGR.408 Motion 314-2020 Hässig Vinzens (Zollikofen, PS)
Il est temps de mettre en oeuvre l'imposition individuelle des couples mariés Motion ayant
valeur de directive

Le président. Nous passons encore à l'affaire du point 28 de l'ordre du jour. Il s'agit d'une motion ayant valeur de directive, déposée par Mme la députée Hässig. Le débat est réduit. Le gouvernement propose d'adopter cette motion. Est-ce que cette réponse est contestée ? – Elle est contestée du fond de la salle. – Je laisse donc la parole à Mme la députée Hässig. – Le débat est réduit. Vous avez deux minutes pour vous prononcer.

Kornelia Hässig Vinzens, Zollikofen (SP), Motionärin. Okay, haben Sie jetzt bestritten oder nicht? Oder muss ich es jetzt selbst machen? Für einmal bin ich Ihnen so richtig dankbar, dass Sie hier in der Mitte-Fraktion anders denken, als ich denke. Diese Nacht dachte ich: «Was passiert, wenn die SVP plötzlich über Nacht modern wird? Dann gibt es ja keine Diskussion.» Die Angst war aber unbegründet. *(Heiterkeit / Hilarité)*

Also: In der Schweiz dauert es einfach ein bisschen länger, und die Schweiz wird wahrscheinlich noch lange das Land bleiben, das im Vergleich in Europa immer wieder ein bisschen ein Schlusslicht ist, insbesondere auch bei der Gleichstellung. Es ist aber Zeit, und wir Frauen haben lange gewartet. Seit dem Jahr 1973 wird in Österreich die Steuer nach dem Prinzip der Individualbesteuerung erhoben und in Schweden schon seit den 70er-Jahren. Das sind auch schon wieder ungefähr 50 Jahre, die wir Frauen warten. Jetzt wollen wir wieder einmal ein paar alte Zöpfe abschneiden. Es kann ja nicht sein, dass wir modernen Frauen in altmodischen Mustern leben müssen.

Es ist ja schon lange selbstverständlich, dass Männer und Frauen gemeinsam für ein Einkommen sorgen müssen. In vielen Haushalten generieren bereits heute die Frauen das höhere Einkommen. Es kann nicht sein, dass Frauen durch ein veraltetes Steuersystem vom Arbeiten abgehalten werden, weil sie durch die Progression bestraft werden. Moderne doppelt verdienende Ehepaare werden bestraft, wenn beide arbeiten. Kann das unser Ziel sein?

Wir bieten hier in der Schweiz allen Männern und Frauen eine gute Ausbildung, und wir wollen doch auch, dass möglichst alle danach auch arbeiten und etwas an unser aller Wohlergehen beitragen. Studien zeigen, dass sich die Individualbesteuerung positiv auf die Erwerbstätigkeit der Frauen auswirkt. Im Schnecken tempo ist es besser als nie. Wir wollen jetzt ein modernes Steuerrecht, das die Frau als das sieht, was sie ist: ein selbständiges, arbeitendes Wesen.

Wir danken der Regierung für die Antwort. Wie die Individualbesteuerung aussehen wird, bestimmt dann ja das nationale Parlament. Als Kanton können wir nur Druck machen, und wir bitten die Regierung, bei der Antwort, die sie dann an den Bundesrat schreiben wird, kein Wenn und Aber einzubauen, sondern klar zu sagen, dass wir längst fällig für ein modernes und gleichberechtigtes Steuergesetz sind. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)* Welches Modell sie dann wählen, sollten nicht wir als Kanton wählen. Ich danke für die Überweisung und für die Annahme.

Béatrice Stucki, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Im Titel dieser Motion steht «endlich umsetzen», und damit ist eigentlich auch schon alles gesagt. Es ist wirklich Zeit, dass Paare endlich auch bei der Steuererhebung als individuelle Lebewesen behandelt werden. Sei es verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft – was sich ja hoffentlich bald ändern wird. Ich meine damit, dass die Heirat in Zukunft für alle gilt. Es ist klar, dass es Hürden gibt, beispielsweise, wenn ein Teil des Paares nicht erwerbstätig ist, also kein eigenes Einkommen hat.

Die Antwort der Motion wurde ausgesprochen differenziert verfasst – an dieser Stelle merci vielmals dafür – und geht gerade auf solche Fragestellungen sehr gut ein. Die Zeit, in der der Mann das Oberhaupt der Familie und damit der Ernährer war und in der er immer noch der Erstverdiener sein soll; diese Zeiten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind längst vorbei. Deshalb müssen wir mit diesem alten Zopf abfahren und die gemeinsame Besteuerung abschaffen. Kommen wir doch auch für das, was die Besteuerung anbelangt, im 21. Jahrhundert an.

Wir danken dem Regierungsrat dafür, dass er diese Motion unterstützt und sich auf nationaler Ebene dafür einsetzen wird. Die laufende Volksinitiative wird diesem Anliegen sicher auch noch Schub verleihen. Ich bin übrigens auch froh und danke den bürgerlichen Frauen dafür, dass sie diese Initiative lanciert haben – als Anliegen von linker Seite hätte diese Motion ja keine Chance gehabt. Ich danke Ihnen vielmals, wenn Sie diese Motion unterstützen.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP), Fraktionssprecher. Ich nehme es gleich vorweg: Die FDP-Fraktion unterstützt diese Motion einstimmig. Warum? Die heute bestehende, gemeinsame Veranlagung führt dazu, dass das Einkommen der Frauen – aber auch der Männer – zu einem deutlich höheren Steuersatz besteuert wird, als es bei einer individuellen Veranlagung der Fall wäre. Dieser Negativanreiz führt dazu, dass namentlich gut ausgebildete, junge Frauen vom Arbeitsmarkt abgehalten werden oder nur kleine Pensen übernehmen. Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, können wir uns aus mehreren Gründen nicht leisten.

Erstens: Die Wirtschaft ist je länger, desto mehr darauf angewiesen, dass gut ausgebildete, junge Frauen und Männer in den Arbeitsprozess integriert werden können.

Zweitens: Der Staat hat ein grosses Interesse daran, dass seine – zu Recht – grossen Investitionen im Bildungsbereich auch dazu führen, dass die gut ausgebildeten, jungen Frauen, aber auch Männer sich dann auch beruflich engagierten und unsere Gesellschaft weiterbringen.

Drittens: Die heutige gemeinsame Veranlagung ist aber auch aus Gründen der Gleichstellung nicht optimal. Mit der Beeinträchtigung des Erwerbsanreizes wird unter anderem auch die Kapitalbildung in den Sozialversicherungen reduziert. Dies führt später dazu, dass vornehmlich Frauen kleinere AHV- und BVG-Renten bekommen. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.)* Diese Konsequenz ist schädlich und ungerecht.

Wir unterstützen diesen Vorstoss einstimmig. Er steht auch in Übereinstimmung mit der soeben lancierten Initiative der FDP-Frauen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP), Fraktionssprecherin. Die Individualbesteuerung wäre für uns als EVP-Fraktion ein wichtiger Meilenstein, der viele Probleme lösen würde. Nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer. Seit Jahren wird an der Heiratsstrafe herumlaboriert. Es gibt sehr viele Berechnungen und Meinungsverschiedenheiten dazu, was wie viel nützen würde.

Mit der Individualbesteuerung wäre das Problem mehr oder weniger vom Tisch. Es würde nicht mehr über die unterschiedlichen Progressionen von Ehe- und Konkubinatspaaren gestritten. Sogenannte Zweiteinkommen würden nicht mehr stärker besteuert als sogenannte Ersteinkommen. Man müsste sich nicht mehr künstlich überlegen, wie viel die Care Arbeit wert ist, obschon ja bekanntlich niemand dazu bereit ist, für Care Arbeit etwas zu zahlen.

Verschiedene Modelle der Berufs- und Familienarbeit würden einfach nebeneinanderstehen, ohne dass eine Form gegen die andere ausgespielt würde. Durch die Individualbesteuerung kämen auch die Sozialversicherungen unter Druck. Sie müssten ebenfalls umdenken und flexiblere Familienmodelle und mehr Teilzeitarbeit beider Ehepaare ermöglichen.

Die EVP fordert in ihrem schweizerischen Parteiprogramm ein Vollsplitting-Modell. Wir wären mit einer Individualbesteuerung schon hoch zufrieden und sind dankbar, dass dieser Vorstoss auf Bun-

desebene wahrscheinlich offene Türen einrennt. Im Moment – wir haben es ja schon gehört – sind bekanntlich eine Initiative und eine Motion am Start. Wir werden dieser Motion selbstverständlich zustimmen.

Barbara Stucki, Stettlen (glp), Fraktionssprecherin. Auf Bundesebene sind verschiedene Bestrebungen im Gang, um die Individualbesteuerung einzuführen. Wir haben es gehört. Wir haben auch gehört, dass es ein längst fälliger Schritt ist. Wir haben auch schon gehört, dass es nicht nur ein Frauenanliegen ist, weil sich die Individualbesteuerung an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Person orientiert, unabhängig vom Zivilstand und unabhängig vom Geschlecht. Damit hat sie einen positiven Effekt auf die Beschäftigung, den Arbeitsmarkt, die Sozialversicherungen und die Verfügbarkeit von Fachkräften. Es ist also ein Anliegen, das uns in sehr vielen Punkten zugute kommen wird. Verschiedene Studien und Berichte bestätigen dies seit Jahren.

Jetzt, da es auf Bundesebene endlich vorangeht, wollen wir, dass auch der bevölkerungsreiche Kanton Bern diesen längst fälligen Schritt unterstützt, indem er sich in der Vernehmlassung, die der Bund zur Individualbesteuerung macht – das wissen wir –, dafür einsetzt, dass die Individualbesteuerung eingeführt wird.

Als Mitmotionärin freut es mich sehr, dass die Regierung diese Motion annehmen will. Es ist mir aber wichtig, zu sagen, dass heute nicht der Zeitpunkt ist, um über die Art und Weise der Individualbesteuerung zu diskutieren oder um sich über Modifizierungen Gedanken zu machen. Wir wissen noch gar nicht, wie die nationalen Räte sie ausgestalten werden.

Heute geht es wirklich einfach nur darum, dass die Berner Regierung sagt: Ja, wir unterstützen die Einführung der Individualbesteuerung, weil es uns und unserer Wirtschaft hilft, weil es unser Bildungssystem effektiver macht usw. usf. Entsprechend danke ich Ihnen, wenn auch Sie diese Motion unterstützen und der Regierung damit den Auftrag für eine positive Vernehmlassungsantwort erteilen.

Alexander Feuz, Bern (SVP), Fraktionssprecher. Sie sind jetzt sicher gespannt, wie wir das begründen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Die SVP ist viel moderner, als Sie meinen. Wir wollen nämlich ein Wahlrecht. Was Sie wollen, ist die Individualbesteuerung, und das hat durchaus gute Gründe im Einzelfall, die ich gar nicht bestreite, aber – Sie sagten es selbst, dass die Vorlage noch im eidgenössischen Parlament ist – dann geben wir eine Carte Blanche und haben unter Umständen eben nicht das, was wir wollen.

Der Regierungsrat hat eine geschickte Antwort geschrieben. Das konzediere ich durchaus, aber er sagte auch – ich verweise hier auf die Seite 3 von 4 –, dass man eben wenig Rücksicht nimmt, ob jetzt eine Einzelperson oder ein ganzer Mehrpersonenhaushalt davon leben muss. Es kann dann eben sein, dass es bei der klassischen Ehe, dem traditionellen Familienmodell, das es immer noch gibt, dann eben zu einer steuerlichen Mehrbelastung kommt – Stichwort: Progression. Wir müssen hier auch ganz klar sehen, dass man teilweise nicht an die zivilrechtlichen Verpflichtungen anknüpft. Und jetzt sage ich Ihnen noch praktische Probleme, die wir nachher haben. Die Juristen unter Ihnen: Scheidungen. Da müssen Sie dann aufschlüsseln, wenn Sie eine Betriebsgemeinschaft haben, einen Bauernhof oder Betrieb, den beide zusammen machen. Dann kann es relativ kompliziert und komplex sein, weil vielleicht die eine Seite mehr gearbeitet hat und mehr Arbeitsleistungen macht – die einen haben mehr finanziell dazu beigetragen. Dann haben wir gewaltige Probleme.

Dann gibt es dann aber noch eine zweite Konstellation – ich will Sie einfach daran erinnern. Es sind dann teilweise auch Ihre Wähler. Wenn Sie dann eine Situation haben mit einem traditionellen Familienmodell, bei dem der Mann sagt, dann bezahle er jetzt eben der Frau einen Hausfrauenlohn, dann muss er noch daran denken und es im Steuerformular richtig ankreuzen und machen. (*Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'orateur de conclure.*) Sonst hat dann der, der es falsch macht, die hohe Provision und hat gewaltige Probleme. Ebenfalls haben Sie dann das Problem, wenn man zwar einen Hausfrauenlohn ausscheidet, ihn aber gleichwohl nicht bezahlt. (*Der Präsident bittet den Redner erneut, zum Schluss zu kommen. / Le président demande encore une fois à l'orateur de conclure.*) Da hat man dann nämlich plötzlich einen Steuerbetrug.

Deshalb sage ich: Es ist eine Katze im Sack – passen Sie auf. Wir wollen hier ein Wahlrecht. Mit der Vorlage, die Sie haben, geben Sie zu viel Macht. Darum: Wenn Sie die Wahlfreiheiten gegeben hätten, hätten wir mitgemacht. So nicht.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne), Fraktionssprecher. Natürlich sind auch die Grünen hocherfreut über den Rückenwind, den dieses Anliegen hat, und dass die Motion bei fast allen Parteien Unterstützung findet. In diesem Zusammenhang haben mich auch die Argumente sehr gefreut, die Grossrat Saxer hier vorbrachte und die alle wirklich sehr gute Argumente für die Individualbesteuerung sind.

Ich wage es aber trotzdem, hier noch ein kleines b-Moll einzubringen: Es ist tatsächlich so, dass wir, wenn wir die einen begünstigen – was bei der Individualbesteuerung ja für die Individuen gilt und vor allem auch im Rahmen der Gleichstellung der Fall wäre – andere benachteiligen.

Es sei denn, wir würden die Steuerquote senken. Das heisst, dass wir weniger Steuereinnahmen hätten. Dann können wir im Prinzip alle begünstigen, aber das ist wahrscheinlich auch nicht die Idee der Motionärin. Wenn wir es einführen, werden wir die einen Lebens-, Ausbildungs- und Familienformen begünstigen und die anderen, die bisher begünstigt waren, werden dann eben leicht benachteiligt werden. Das ist wahrscheinlich so und wahrscheinlich nicht anders zu lösen. Das können wir auch im Bericht lesen.

Wir Grünen werden trotzdem – vor allem aus Gleichstellungsgründen, aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen, von denen wir viele lesen und hören konnten – das Anliegen voll und ganz unterstützen. Wir hoffen, dass es klappt. Wir sind auch sehr gespannt darauf, wie die FIN es dann umsetzen will und welche Vorschläge sie uns unterbreiten wird, damit es eben einen Vorschlag gibt, der tatsächlich den Individuen Rechnung trägt, der Gleichstellung und den verschiedenen Familienmodellen Rechnung trägt, mit denen es aber auch von den Steuereinnahmen her am Schluss noch aufgeht.

Merci vielmals für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Wir empfehlen die Annahme.

Philip Kohli, Bern (Die Mitte), Fraktionssprecher. Die Mitte-Fraktion ist wirklich gespannt, was jetzt auf eidgenössischer Ebene passieren wird, denn das ist das Zentrale. Wir wollen einfach darauf aufmerksam machen, dass die Lösung, für die jetzt Unterschriften gesammelt werden, nicht die einzige Lösung ist. Es gäbe noch andere, vielleicht bessere Lösungen. Darauf möchte ich auch nicht wirklich genauer eingehen. Immerhin gäbe es Varianten der Umsetzung, beispielsweise Individualbesteuerung oder volles Splitting. Barbara Stucki erwähnte es: Es passiert auf Bundesebene. Es kann einfach hier auch heute festgehalten werden, dass es um eine Richtlinienmotion geht und der Regierungsrat die Annahme empfiehlt. Die Mitte-Fraktion möchte darum die Entwicklung hier offenlassen. Wir sind aber in jedem Fall der Meinung, dass wir als Kanton Bern mit der Zeit gehen müssen. Wir müssen fördern, wir müssen ermöglichen, dass beide Elternteile Anreize haben, ein Einkommen zu erzielen und so jeder Mensch – ob Frau oder Mann – unabhängig vom Zivilstand einen Grad an Selbständigkeit erreichen und beibehalten kann.

Das kann der Regierungsrat, zwar nur als Richtlinie, aber unseres Erachtens doch als Auftrag mit gewissem Wert beim Bund gut vertreten. Aus den genannten Gründen werden wir diese Motion annehmen.

Beatrice Simon, FIN-Direktorin. Ich kann es wirklich kurz machen. Sie konnten nämlich alles in der Antwort der Regierung lesen. Ich möchte einfach hier noch festhalten, dass es dann schon noch die eine oder andere Herausforderung gibt, die sehr viel zu reden geben wird. Im Grundsatz sind wir seitens der Regierung aber natürlich froh, dass diese Richtlinienmotion unterstützt wird.

Le président. Bien, la motionnaire maintient son texte en tant que tel. Nous attendons les scrutateurs... – Hâte-toi lentement (*Kurze Pause / Courte pause*). – Voici les scrutateurs, ils entrent en scène d'un pas léger mais vif... (*Kurze Pause / Courte pause*). – Excusez-nous pour le fitness de ce matin.

Alors, nous allons passer au vote de l'affaire du point 28 de l'ordre du jour, la motion de Mme la députée Hässig : les député-e-s qui acceptent cette intervention comme motion votent oui, celles et ceux qui la rejettent votent non.

Abstimmung / Vote

2020.RRGR.408

Annahme / Adoption

Ja / Oui	106
Nein / Non	30
Enthalten / Abstentions	12

Le président. Et vous avez accepté cette intervention sous la forme d'une motion. Et sur ces faits, je vous souhaite un bon appétit et vous donne rendez-vous pour cet après-midi, et je souhaite une bonne journée à Mme la ministre des finances.

Schluss der Sitzung um 11.50 Uhr. / Fin de la séance à 11 heures 50.

Protokoll: / Procès-verbal :

Myriam Enzfelder (d)

Ursula Ruch (f)